

Antrag

Initiator*innen: Robert Jexenflicker, Felix Schnabl

Titel: Schluss mit dem roten Wien! Wirtschaftliche Liberalisierung für die Hauptstadt

Antragstext

1 Aus liberaler Sicht bildet die freie Marktwirtschaft einen der Eckpfeiler einer
2 freien und prosperierenden Gesellschaft. Folglich müssen staatliche Eingriffe,
3 die die individuelle Freiheit beschneiden, überzeugend gerechtfertigt und auf
4 ihre Notwendigkeit geprüft werden. Gerade all jene, die für unseren Wohlstand
5 sorgen, werden durch hohe Besteuerung, überschießende Regulierung und
6 Bürokratismus bei Wohlstand schaffenden Tätigkeiten behindert. Es handelt sich
7 dabei aber nicht nur um wirtschaftliche Hürden, sondern oftmals auch um starke
8 Einschnitte in Privateigentum und Vertragsfreiheit, die wir ablehnen.

9 Steuern:

10 Wir fordern, dass die Stadt Wien die Steuer- bzw. Abgabenlast dort mindert, wo
11 sie die Kompetenz dazu besitzt. Wir begrüßen hier die Abschaffung der
12 "Luftsteuer" durch die Stadtregierung - es muss jedoch noch mehr passieren,
13 besteht doch zum Beispiel noch immer eine "U-Bahn-Steuer". Ganz allgemein
14 sollte der Spielraum, den die Stadt Wien hinsichtlich steuerlicher Entlastungen
15 besitzt, möglichst ausgereizt werden.

16 Schulden:

17 Mit dem Ende der Pandemie sollte im Sinne der Generationengerechtigkeit das
18 Anhäufen von Schulden beendet werden. Zwischen 2008 und 2020 hat sich die
19 Schuldenquote der Stadt Wien vervierfacht. Diese Tendenz finden wir äußerst
20 besorgniserregend, gehen Schulden doch immer auf Lasten der nächsten

21 Generation.

22 Experten vom Rechnungshof gehen davon aus, dass mit dem Netz an stadteigenen
23 Unternehmen (Wiener Wohnen, Wien Kanal usw) die Stadt für weitere zwei
24 Milliarden haftet. Neben dem mittelfristigen Senken der Schuldenquote braucht es
25 also auch mehr Transparenz in der indirekten Verschuldung der Stadt.

26 Um dem populistischen Schuldenmachen auf Kosten der nächsten Generationen einen
27 Riegel vorzuschieben, fordern wir ebenfalls eine Schuldenbremse in der
28 Stadtverfassung. Selbstverständlich sollte hier auch die nötige Flexibilität
29 gewährleistet sein, um auf wirtschaftliche Krisen gebührend reagieren zu
30 können - diese Wiener Schuldenquote sollte sich an der von uns geforderten
31 Schuldenquote auf Bundesebene orientieren. Zugleich sollen Erlöse aus der
32 weiter unten geforderten umfassenden Privatisierungsoffensive der Stadt zu 50%
33 in den Abbau der Stadtschulden fließen.

34 **Einsparungen:**

35 Um geminderte Abgabenlast und ausgeglichenen Haushalt zu finanzieren muss die
36 Stadt Wien die ihr zur Verfügung stehenden Mittel effizient und sparsam
37 einsetzen. Möglichkeiten zu Einsparungen gibt es ausreichend. Unter anderem
38 lässt sich das politischen System schlanker gestalten¹ (Abschaffung der
39 Bezirksvorsteher-Stellvertreter und der nicht amtsführenden Stadträte, usw.),
40 auch die Insetrate² sollten drastisch zurückgefahren werden. Des Weiteren ist
41 die systematische verfrühte Pensionierung von Bediensteten der Stadt Wien (&
42 ausgegliederten Unternehmen) so rasch wie möglich abzustellen. Die üppigen
43 Förderungen der Stadt Wien sind zu durchforsten und auf Notwendigkeit und
44 Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Ferner ist die Wiener Verwaltung
45 reformbedürftig, so sollen unter anderem die Vorschläge des "Wien neu
46 denken" Programms offengelegt, geprüft und bei Sinnhaftigkeit rasch umgesetzt
47 werden.

48 **Deregulierung:**

49 Wir sprechen uns im Allgemeinen dafür aus Bürokratie und wirtschaftslenkende
50 Gesetze auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Um dies langfristig
51 sicherzustellen, schlagen wir die folgenden beiden Maßnahmen vor.

- 52 • „One in, two out“: Für jede neue wirtschaftslenkende Regulierung
53 müssen zwei alte (aus demselben Gebiet?) gestrichen werden.

- 54
- „Sunset Clause“: Maßnahmen zur Wirtschaftslenkung müssen allgemein
55 mit einem Ablaufdatum versehen werden. So wird sichergestellt, dass diese
56 regelmäßig gerechtfertigt und auf Aktualität und Notwendigkeit
57 überprüft werden müssen.

58 Neben solchen Regulierungen, die die Vertragsfreiheit beschneiden und das Wirken
59 des Marktes aktiv behindern, ist auch das hohe Ausmaß sinnloser Bürokratie und
60 Überregulierung für kleine Betriebe in der Stadt Wien massiv zurückzufahren.
61 Gesetze, wie beispielsweise das Tanzschulgesetz oder das Buschenschankgesetz,
62 sollen daher ersatzlos gestrichen werden.

63 **Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten:**

64 Eine Stadt schläft nie - so geht das Sprichwort. Auf Wien scheint das nicht
65 zuzutreffen. Spätestens am Sonntag schläft den ganzen Tag alles - und das
66 nicht weil keine Geschäfte öffnen wollen, sondern weil niemand öffnen darf.
67 Wir halten genau das für ein klassisches Beispiel von Überregulierung. Ganz
68 allgemein halten wir staatlich verordnete Öffnungszeiten für verfehlt. Für
69 Arbeitnehmer_innenschutz wird mit einer Begrenzung der Arbeitszeit gesorgt -
70 Öffnungsbeschränkungen sind hier nicht nur überflüssig, sondern schränken
71 unsere Freiheit als Arbeitnehmer und Arbeitgeber unverhältnismäßig ein.

72 Selbst wenn die allgemeinen Öffnungszeiten Bundesmaterie sind, ist die Stadt
73 Wien in der Pflicht. Sie hat es in der Hand, mit der Schaffung von sogenannten
74 Tourismuszonen die Öffnungszeiten an die Nachfrage anzupassen. Wir fordern,
75 dass mittelfristig ganz Wien zur Tourismuszone mit erlaubter Sonntagsöffnungen
76 wird.

77 **Let's privatise it! auf Wienerisch**

78 Stadteigene Betriebe sind uns wie jede privatwirtschaftliche Tätigkeit der
79 Stadt ein Dorn im Auge. Für uns als Liberale ist glasklar, dass die Stadt nicht
80 die bessere Unternehmerin ist, sondern durch stadteigene Betriebe nur die
81 Möglichkeiten für Korruption, Freunderlwirtschaft und Steuergeldverschwendung
82 steigen.

83 Die Stadt Wien sollte also kontinuierlich ihre Beteiligungen an
84 privatwirtschaftlich tätigen Unternehmen abbauen. Wir fordern hierzu in
85 Anlehnung an unsere bundesweite Privatisierungsinitiative die Schaffung von
86 mehreren neuen Vehikeln.

87 Alle Beteiligungen der Stadt im Kulturbereich werden in eine Wien-Stiftung
88 zusammengefasst. Aus den Mitteln des Privatisierungserlös soll hier eine
89 Anstoßdotierung in angemessener Höhe bereitgestellt werden. In Folge bleibt
90 die Wien-Stiftung zwar in Stadtbesitz, es wird bei der Besetzung der
91 Verwaltungsgremien auf Überparteilichkeit geachtet werden - insbesondere bei
92 den wichtigsten Positionen wollen wir, dass die Personen nach vorangegangenen
93 öffentlichen Hearings mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit im Landtag bestellt werden.

94 Beteiligungen an stadtrelevanten Infrastrukturbetrieben und wichtigen
95 strategischen Betrieben (Wiener Häfen aber auch Wiener Wohnen zB) sollten in
96 der bereits bestehenden Wien Holding GmbH zusammengefasst werden. Hier muss
97 ebenfalls nach dem Vorbild der oben beschriebenen Wien-Stiftung eine umfassende
98 Entpolitisierung im Management stattfinden. Die leitenden Positionen müssen
99 ausgeschrieben werden und die Bewerbungen müssen durch internationale
100 Personalvertreter bewertet werden. Die endgültige Bestellung sollte durch die
101 Landesregierung bestellt werden - sollte der oder die Bestgereichte nicht
102 bestellt werden, so muss das transparent begründet werden.

103 Es gilt hier auch, möglichst zwischen dem Erhalt von Infrastruktur und ihrer
104 Nutzung zu privatwirtschaftlichen Zwecken zu unterscheiden. So sollten die
105 Wiener Linien in eine Infrastruktur-GmbH umgewandelt werden - die Betreuung der
106 einzelnen Linien sollte jedoch in regelmäßigen Abständen neu ausgeschrieben
107 werden. Der Endkunde kann weiterhin die gewohnten Tickets erwerben (Jahreskarte,
108 Klimaticket usw), die Stadt beauftragt aber private Unternehmen, die einzelnen
109 Linien zu betreiben. Dadurch kann man Wettbewerb in den vitalen Sektor des ÖPNV
110 bringen.

111 Alle weiteren Unternehmungen der Stadt Wien sollten in eine
112 Privatisierungsagentur (eine AG in Besitz des Landes) zusammengefasst werden.
113 Ihr Auftrag ist die mittelfristige Privatisierung aller in ihr zusammengefassten
114 Beteiligungen der Stadt. Insbesondere gilt es hier jeglichen
115 privatwirtschaftlichen Business-to-Customer Tätigkeiten ein Ende zu bereiten.
116 Wein anzubauen, wie es die Stadt Wien mit dem Weingut Cobenzl tut, gehört zum
117 Beispiel ganz und gar nicht zum Tätigkeitsbereich der Stadt, wie er uns
118 vorschwebt. Selbiges gilt auch für die Produktion von Mehl und Brot.

119 **Fußnoten:**

120 ¹ Siehe JUNOS-Wien-Beschluss: „Gehaltskürzung für Wiener Politiker“.

121 ² vgl. JUNOS-Beschluss “Maßnahmen für eine saubere Politik”.

122 ³ Vgl JUNOS-Beschluss "Let's privatise it".